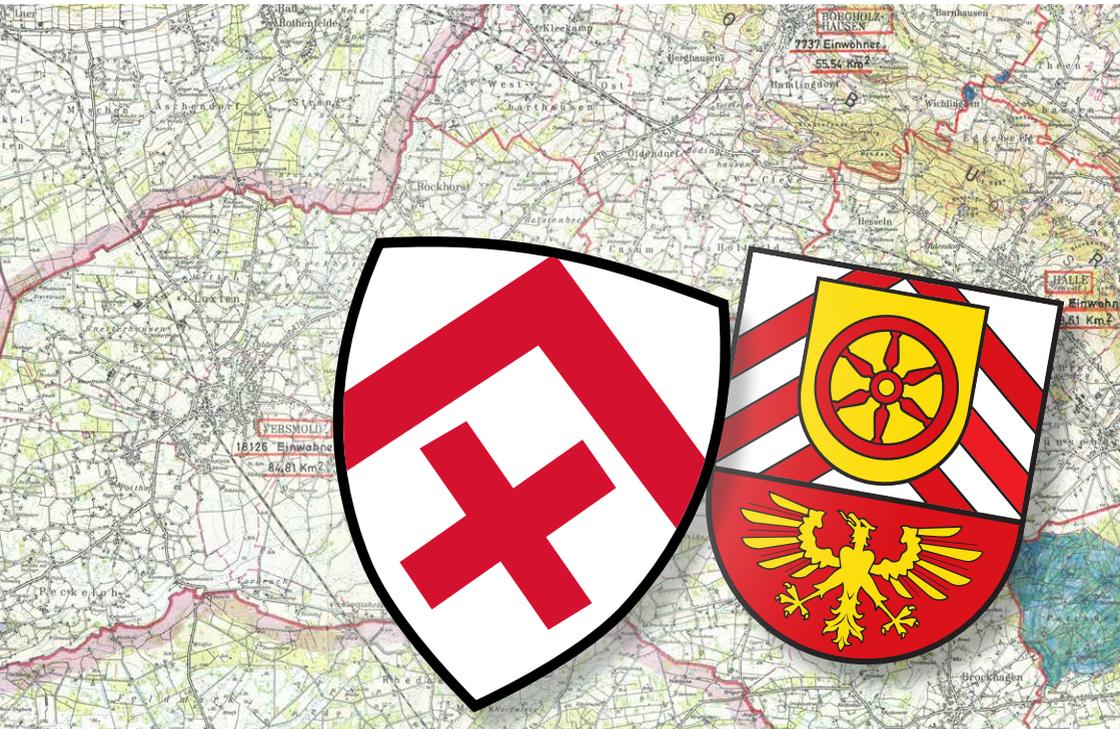




Die Versmold-
Edition
Neue Reihe 6



50 Jahre Stadt Versmold, 50 Jahre Kreis Gütersloh 1973 – 2023

Der Weg zur kommunalen Neugliederung

- Vom Amt zur Stadt Versmold
- Vom Kreis Halle (Westf.) zum Kreis Gütersloh

Ergänzt um ein Interview mit Liesel Fronemann-Keminer
von Rolf Westheider

Quellen:

- Stadtarchiv Versmold. Ordner Kommunale Gebietsreform [Handakte Bischoff]; Protokollbücher; Zeitungsauschnittsammlung, Fotosammlung
- Kreisarchiv Gütersloh, Bestand Kreisausschuss II / OKD Halle, Fotosammlung

Fotonachweis:

Kreisarchiv Gütersloh S. 5, 6, 8, 12, 24, 25, 26

Stadtarchiv Versmold S. 21, 23, 27, 28

Impressum

Die Versmold-Edition
Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Versmold
Neue Reihe 6
Versmold 2023

© Stadt Versmold

Vorbemerkungen:

Am 1. Januar 1973 wurde das Amt Versmold zur Stadt Versmold, der Kreis Halle (Westf.) ging in dem neugebildeten Kreis Gütersloh auf. Anhand von Archivmaterial sollen beide Entwicklungen aus der Versmolder Perspektive nachgezeichnet werden. Was bei Versmold auf den ersten Blick eher langweilig zu sein scheint, weil es keine neuen Zuordnungen gab, erweist sich bei genauerem Hinsehen doch als durchaus spannend. Obgleich das Kreisarchiv Gütersloh in verschiedenen Publikationen¹ und Ausstellungen den Weg hin zum Kreis Gütersloh dargestellt hat, soll auch hier der Versmolder Blick auf die Kreisreform gerichtet werden. Gewisse Überschneidungen mit den Arbeitsergebnissen des Kreisarchivs sind daher unvermeidlich. Die gewählte Darstellungsform macht dafür die Parallelität der Entwicklungen recht gut deutlich. (**Die Kreisebene ist in Blau dargestellt, Hervorhebungen stammen vom Autor.**)

Die folgende Darstellung ist chronologisch aufgebaut und trägt überwiegend den Charakter einer Materialsammlung. Sie stützt sich im Wesentlichen auf den Inhalt einer vom damaligen Amtsdirektor Helmut Bischoff geführten Handakte. Mit ihr lassen sich die Entwicklungen lückenlos dokumentieren.

¹ Zu nennen ist hier: Ralf Othengrafen, „In Bielefeld der liebe Herrgott persönlich und in Wiedenbrück der leibhaftige Satan“ – Gründung des Kreises Gütersloh, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh 2023, Gütersloh 2022, S. 18–26. Zur entsprechenden Wanderausstellung auch die Broschüre in der Reihe der Veröffentlichungen aus dem Kreisarchiv Gütersloh, Gütersloh 2023.

Einige Erkenntnisse überraschen und sollen schon vorab festgehalten werden:

- Die Grundstimmung gegenüber den Gebietsreformen ist durchweg negativ. Die Gemeinden stehen zu der bisherigen Ämterverfassung und möchten ihre kommunale Selbstverwaltung erhalten. Sie beugen sich der Entwicklungsplanung der Landesregierung unter Heinz Kühn (SPD) nur aufgrund der Einsicht, diese letztlich nicht verhindern zu können.
- Planungen, Optionen und Ideen zur Neugliederung Versmolds und des Kreises sind von der Grenzlage Versmolds und des Kreises Halle geprägt, was für die Nachbarn in den angrenzenden Kreisen ebenso gilt. Dadurch ergeben sich grundsätzlich eine ganze Reihe von Handlungsmöglichkeiten. Über lange Zeit besteht eine völlig offene Situation, die nicht zwangsläufig zu den bekannten Ergebnissen hätte führen müssen.
- Im Kreis Halle gibt es bis zum Schluss großen Widerstand gegen den Kreis Gütersloh. Eine Mehrheitsentscheidung des Kreistags zugunsten eines Zusammenschlusses mit Bielefeld wird später gekippt. Im Kreis Wiedenbrück herrscht dagegen von Anfang an einhellige Zustimmung für die Fusion mit dem Kreis Halle. Gütersloh als neue Kreisstadt ist in der alten Kreisstadt Wiedenbrück unumstritten, in Halle hingegen nicht.

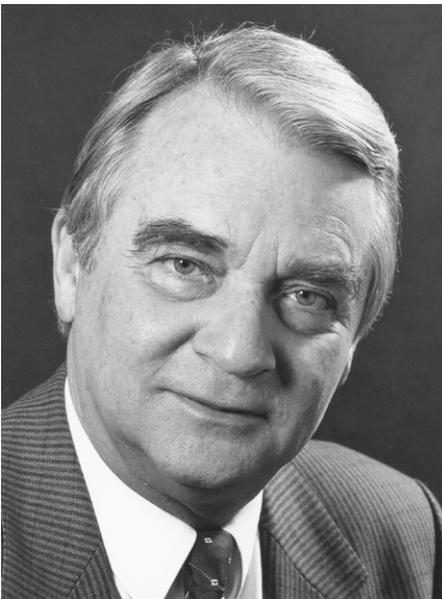
Erste Überlegungen zur kommunalen Neuordnung der Kommunen und Kreise in NRW setzen 1968 mit dem sog. Rietdorf-Gutachten ein. Es wird die Sorge geäußert, dass vom Kreis Halle keine Initiativen ausgehen und er daher (von Bielefeld) fremdbestimmt werden könnte. Vorwürfe der Untätigkeit zielen auf den Haller Landrat [Fritz Ostmeyer – Wikipedia](#) (CDU) ab. Aus Sicht der niedersächsischen Nachbarn ist der Kreis Halle attraktiv. In Melle und Dissen scheint Interesse am Zusammengehen mit Halle zu bestehen. Gleichwohl würde sich die Landesgrenze wohl als unüberwindlich erweisen, so die berechtigte Befürchtung. Der Kreis Melle sorgt sich um einen Steuerabfluss in den neuen Großkreis Osnabrück als Ausgleich für den ländlichen und gewerblich unterentwickelten Kreis Bersenbrück, der darin integriert würde. Auch in Halle werden Nachteile wegen der Randlage befürchtet. Dort sieht man jedoch eher die Notwendigkeit, Gesprächspartner im Süden zu suchen. (Kommentar von Hans-Werner Riepe, WB, vom 14.01.70: „Auch flächenmäßig ließe sich nichts gegen einen Kreis Halle/Gütersloh sagen, der – eventuell mit dem Amt Harsewinkel – eine ‚hübsche Abrundung‘ erhalte.“) Die große Frage ist: Mit oder ohne Bielefeld? Landrat Fritz Ostmeyer wird zitiert mit den Worten: „Mit der Stadt Bielefeld steht und fällt das Schicksal unseres Kreises Halle.“



Fritz Ostmeyer

Eine Angliederung Vermolds an den Kreis Warendorf wird nie ernsthaft erwogen. Vielmehr gibt es in Füchtorf starke Voten gegen eine Vereinigung mit Sassenberg und für einen Zusammenschluss mit Vermold. Hans Schwier, SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag ist „der Auffassung, daß der Raum Vermold weit enger mit Bielefeld als mit Warendorf verknüpft ist und deshalb nicht in dem neuen Gebilde fehlen dürfte“ (WB, 17.01.70)

[Hans Schwier – Wikipedia](#) (Fraktionsvorsitzender im Kreistag, SPD) ist gegen einen Zusammenschluss des Kreises Halle mit dem Kreis Wiedenbrück und betrachtet ein Zusammengehen von Bielefeld und Halle als das kleinere Übel. Der von der CDU vorgeschlagene Zusammenschluss mit Wiedenbrück wird abgelehnt, „da er die bestehenden wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen, kulturellen und historischen Bindungen an den Raum Bielefeld beeinträchtigen würde.“



Die FDP im Kreistag ist für einen Kreis Ravensberg mit Sitz in Halle. Möglicherweise mit Erweiterungen um Füchtorf, Harsewinkel und Disen. (HK 25.03.70)

Hans Schwier

14.09.70: Oberkreisdirektor Klaus Baltzer wendet sich an das NRW-Innenministerium: Das zweite Neugliederungsprogramm im Neugliederungsraum Bielefeld sieht vor die **neue Stadt Versmold** aus den bisherigen Gemeinden und einem Gebietsteil der Gemeinde Kölkebeck mit 13 Einwohnern und einer Fläche von 0,001 qkm (Oesterweger Str. 58) zu bilden.

„... b) Die Gemeinden des Raumes Versmold sind seit langem im Amt Versmold zusammengeschlossen und auch bereit, sich in den Grenzen des Amtes einer neuen Großgemeinde zusammenzuschließen. Die Gemeinden des Amtes Versmold haben schon jetzt im Hinblick darauf eine große Anzahl von Aufgaben freiwillig auf das Amt übertragen oder gegenseitiger Absprache auf Amtsebene einheitlich geregelt. Widerstand gegen einen solchen Zusammenschluss ist deshalb nicht mehr zu erwarten.“



Oesterweger Straße 58 (Foto: Rolf Westheider, Stadt Versmold)

Das Gutachten von Prof. Gottfried Müller, TU München, fordert einen Großkreis Bielefeld – Halle unter Einschluss der Stadt Bielefeld und eines Teils des Kreises Lemgo (HK u. WB, 03.10.70)

Die Wirtschaft entscheidet alles: Der Vorwurf eines CDU-Kommunalpolitikers (wer?) schon früher wichtige Zukunftsentscheidungen versäumt zu haben, geht an die Adresse des Amtes Vermold: „Es hätten sich schon Schwerpunkte im Kreise Halle bilden können, ... wenn kommunale Gremien und die Spitzen der jeweiligen Verwaltungen zukunftsorientierter gehandelt hätten. Die Absicht, im Raum Vermold ein Aufbaugymnasium zu errichten, schlug in den zwanziger Jahren fehl, weil einflußreiche Kreise der Meinung waren, man solle ‚den Ochsen vor dem Pflug nicht klüger machen als den, der dahinter geht!‘ Als Jahre später ein namhafter Bielefelder Großbetrieb ganz nach Vermold übersiedeln wollte – die Grundstücksverhandlungen standen vor dem Abschluss – warf irgendjemand in die Waagschale, daß damit der bodenständigen Industrie doch Arbeitskräfte verloren gehen könnten. Der Plan scheiterte. (Kommentar H.W. Riepe, WB, 05.10.70)

Neuordnung der Gemeinden: Unterschiedliche Vorstellungen herrschen über die Bildung von zwei Großgemeinden aus dem **Amt Halle**. Soll Brockhagen zu Steinhagen oder zu Halle? OKD Baltzer: Brockhagen gehört zu Steinhagen! Dem Umstand geschuldet, dass es zwölf teilweise sehr kleine Gemeinden mit unter einhundert Einwohnern



Klaus Baltzer

gab, hat Borgholzhausen bereits zum 1. Januar 1970 die Neuordnung vollzogen. „Noch einfacher stellt sich der Verwaltungschef die **Neuordnung des Vermolder Raumes** vor, und zwar durch Zusammenziehung aller amtsangehörigen Gemeinden zu einer Stadt Vermold. Sie würde – mit dann 18.000 Einwohnern – in absehbarer Zeit die berühmte 20.000-Marke (wie Halle) erreichen und ist nach dem Landesentwicklungsplan II bereits als Entwicklungsschwerpunkt 3. Ordnung (ebenfalls wie Halle) vorgesehen.“ (HK, 17.10.70)

Die Stadt Bielefeld fordert den Zusammenschluss mit dem Kreis Bielefeld und dem Amt Werther (Werther werde zur Wohnstadt für die im Aufbau befindliche Universität, die Stadtbahn würde nach dort verlängert) sowie drei Gemeinden aus dem Kreis Herford (HK, 19.10.70)

Amtsdirektor Dr. May (Halle), auch der Stadtrat Halle, plädiert für eine Großgemeinde Halle-Steinhagen, was von Steinhagen aber vehement abgelehnt wird (HK, 21.10.70)

Die CDU des Kreises Halle ist für einen Zusammenschluss der Kreise Halle und Wiedenbrück (HK, 10.10.70)

Bereisung der Neuordnungskommission des Inn.min. NRW am 23.11.70 mit anssl. Erörterungstermin im Saal Hollmann in Halle: Das Interesse der Bürgerschaft ist groß, der Saal überfüllt!

Bürgermeister Meyer-Hermann, Bockhorst: „... den Ortsteilen der neuen Großgemeinden verbrieftes Recht auf Mitsprache geben.“

Bürgermeister Sander, Loxten: „... keine Vorteile für uns ... im Amt Vermold etwas besonderes schaffen und in ein paar Jahren sehen, was daraus geworden ist.“

Ministerialrat Köstering sieht eine „... ausgesprochene Fehlentwicklung in Loxten“ mit seiner „Splitterbebauung“, das sei ein „klassisches Beispiel, daß die Amtsverfassung versagt hat. ...“

Für die Gemeinden Peckeloh, Oesterweg und Hesselteich und die Stadt Versmold meldet sich niemand zu Wort. Dort sei man, so Köstering: „... offenbar an einer Neugliederung nicht interessiert...“ Darauf erwiderte Amts-Bürgermeister Herbert Zachau, „... das Amt wollte nicht Schiedsrichter der Gemeinden sein.“ Er äußerte sein Bedauern, „daß wir nach dem Zusammenschluß rund 700 000 Mark an Finanzmitteln weniger erhalten als heute...“ (WB, 25.11.70)

„In der Rivalität zwischen Halle und Steinhagen zeichnet sich keine Kompromißbereitschaft ab“ (Schlagzeile HK, 25.11.70)

Ein kritischer Leserbrief zur kommunalen Neuordnung von Bürgermeister Erich Sander Loxten: *„Die wirklichen Gelackmeierten sind die betroffenen Landgemeinden. ... Auf die gezielte Frage an einen Politiker aus dem hiesigen Kreisgebiet: ‚Welche Vorteile hat die Gemeinde Loxten durch die geplante Neuordnung?‘ Antwort. ‚Keine!‘ ...*

Wie sieht nun die Zukunft für die Landgemeinde aus? Die individuelle Entwicklung der Landgemeinde hört auf. Die Blickrichtung bildet die Stadt. Die lebendige dörfliche Kultur wird demnächst bestenfalls in Heimatkalendern registriert. In der Großgemeinde hört die Beziehung des Einzelnen auf. Sie muss aufhören, weil die Bevölkerungszahl viel zu groß ist. Auch die Ortsnähe ist nicht mehr gegeben. Der Vermassung will man von Staatsseite entgegenwirken. Die Landgemeinden werden zu Randgebieten. Die Entrechtung schreitet rüstig vorwärts. Ist es denn notwendig, dass die Grünen Tische immer grösser werden?

Wir legen in der Demokratie so großen Wert auf Selbstbestimmung. Für unser Volk nehmen wir dieses Recht immer wieder in Anspruch. Was dieses

Recht räumen wir den primitivsten Völkern ein. Aber den Landgemeinden verwehrt man es. Wo bleibt hier die Glaubwürdigkeit? Auch die Landbevölkerung ist inzwischen mündig geworden. Sie ist durchaus in der Lage, richtige Entscheidungen zu treffen. Gemeinden, die den Willen haben, in einer größeren Gemeinschaft aufzugehen, soll man es nicht verwehren. Gemeinden, die aber selbstständig bleiben wollen, soll man nicht zu einem Anschluss zwingen.

Im Vermolder Raum ist alles bestens gelöst. Die Gemeinden haben ihr Eigenleben und gestalten es. Überörtliche Angelegenheiten werden auf Amtsebene geregelt.“ (HK, 28.10.70)

12.11.70: Mit 19 zu 16 Stimmen beschließt der Kreistag auf Antrag der FDP eine Vorbereitung des Zusammenschlusses der Kreise Halle und Bielefeld (HK, 13.11.70) – Ein Kreistagsbeschluss, der sich wegen seiner knappen Mehrheit als nicht tragfähig erweisen sollte und später wieder aufgehoben wird!

Künsebeck spricht sich in einer Kampfabstimmung gegen die Stimmen der CDU mit 7 zu 4 für Anschluss an Steinhagen aus! (HK, 21.11.70)

Der Kreis Melle ist nach wie vor an einem Zusammenschluss mit dem Kreis Halle interessiert, evtl. zusammen mit dem Kreis Wittlage: „Der Landkreis Melle gehört besser nach Nordrhein-Westfalen“ (Schlagzeile Meller Kreisblatt.) Die Landesgrenze steht dem aber wohl entgegen.

Ende 1970 ist die Situation im Hinblick auf eine neue Kreisbildung völlig unklar. Es ist offen, ob ein Zusammenschluss mit Wiedenbrück oder Bielefeld erfolgen soll, und wenn mit Bielefeld, in welcher Größe.

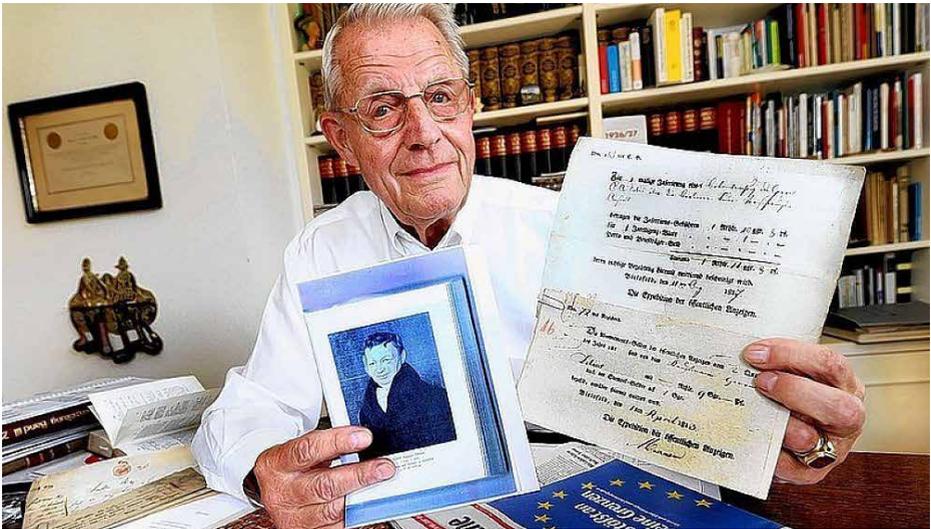
„**Krach im Kreistag**“: Der stv. Landrat Huxohl (FDP) wirft Ostmeyer Untätigkeit vor. Er habe nichts unternommen, um den Kreistagsbeschluss vom 12.11.70 umzusetzen. Kritik kommt auch von Herbert Zachau aus Versmold: „Ein Landrat, der sich darauf stützt, dass die Mehrheit des Kreistages einen falschen Beschluss gefasst hat, das ist ein schlechter Landrat.“ Liesel Frone-
mann vermittelt (HK, WB, 19.02.71). Aus Düsseldorf wird nun ein Votum für einen Kreis Halle – Gütersloh erwartet.

Danach entsteht ein heftiger Streit zwischen Ostmeyer und Schwickert, Landrat des Kreises Bielefeld („diffamierende Äußerungen“). Landrat Paul Lakämper, Wiedenbrück, spricht sich hingegen klar für einen Zusammenschuss mit dem Kreis Halle aus.



Heinz Köstering und Paul Lakämper bei der Bereisung im Bus am 23. November 1970

„Bielefeld soll eine der größten Städte der Bundesrepublik werden“ (Titel-
schlagzeile HK, 09.03.71) Die Neuordnungskommission schlägt den Zusam-
menschluss von Stadt und Kreis Bielefeld vor. Schwickert opponiert und
besteht weiterhin auf einen Umlandkreis zusammen mit dem Kreis Halle.
(HK, 09.03.71) Für den Köstering-Plan (s.u.) ist im Kreistag Bielefeld nur
Eberhard Delius, FDP (Ehrenmitglied des Historischen Vereins in Bielefeld).



Eberhard Delius (Foto: Neue Westfälische)

Daraus folgt: einen Kreis Ravensberg (Halle plus Bielefeld-Land) kann es
nicht geben, also besteht als „einzige brauchbare Möglichkeit“ die Fusion
von Halle und Wiedenbrück. Aber noch immer bestehen „verhärtete Fron-
ten“ im Haller Kreistag, so in der Sitzung vom 9. März (HK, 10.03.71):

„Einige hundert Zuschauer erlebten gestern, wie der leitende Ministerialrat
Heinz Köstering von der Neugliederungskommission des Innenministers vor
dem Kreistag forderte, die Kreise Halle und Wiedenbrück zusammenzule-
gen. Neuordner Köstering berief sich darauf, daß der jetzige Kreis Halle nach

der Kreisreform, die spätestens in 4 Jahren abgeschlossen sei, allein nicht mehr lebensfähig sei, mit seinen 70000 Einwohnern und einer Fläche von 310 Quadratkilometern. Bereits am Nachmittag unterrichtete die Kommission den Wiedenbrücker Kreistag von ihren Vorstellungen. Hier habe nach dem Vorschlag Heinz Kösterings, die beiden benachbarten Gebiete zu einem Großkreis verschmelzen zu lassen, eitel Einigkeit geherrscht. Auch habe man in Wiedenbrück, der tausendjährigen Stadt, kein Protest vernehmen können, als die Rede davon war, Gütersloh zur neuen Kreisstadt zu kreieren. Heftige Kritik der SPD-FDP Opposition im Haller Kreistag handelten sich die Neuordner ein, denn die sozial-liberale Koalition hält immer noch an der Bielefeld-Lösung fest sich mit der Leinenstadt zusammenzuschließen.“

Argumente der SPD/FDP-Opposition ließen „fliegende Kommission“ kalt

Hunderte von Zuhörern wissen aber noch nicht mehr als vorher

Als markanteste Gründe für den Großkreis Halle-Wiedenbrück nannte Ministerialrat Köstering die wirtschaftlichen und bevölkerungsstrukturellen Argumente. Zusammen mit Werther — das sich im Falle einer Großkreisbildung lieber bei Bielefeld wissen möchte — würde der Großkreis über zwölf Gemeinden und damit über 233 000 Einwohner verfügen. Die Größe dieses Gebietes würde auf 897 Quadratkilometer beschränkt. Wie der Redner ausführte, bestünde keine Veranstaltung, Werther zu Bielefeld zu schlagen, da die Gemeinde Großgörsen nicht die Bevölkerungsdichte der Umlandgemeinden erreichte, die zum Vergleichsmaßstab für das Oberzentrum Bielefeld zählen. Vielmehr seien die Bindungen Werthers an Halle weitaus enger.

Heinz Köstering zeichnete ab, daß auch der Raum Harsewinkel mit den beiden Gemeinden Greffen und Mariefeld zu einem späteren Zeitpunkt zum Großkreis Halle-Wiedenbrück komme. Die Gründe für diesen Schritt hätten eingehende Sachgutachten geliefert.

H. Schwier (SPD)

Halle (chd/r) Einige hundert Zuschauer erlebten gestern, wie der Leitende Ministerialrat Heinz Köstering von der Neugliederungskommission des Innenministers vor dem Kreisrat forderte, die Kerise Halle und Wiedenbrück zusammenzulegen. Neurdner Köstering berief sich darauf, daß der jetzige Kreis Halle nach der Kreisreform, die spätestens in vier Jahren abgeschlossen sei, allein nicht mehr lebensfähig sei, mit seinen 70 000 Einwohnern und einer Fläche von 310 Quadratkilometern. Bereits am Nachmittag unterrichtete die Kommission den Wiedenbrücker Kreisrat von ihren Vorstellungen. Hier habe nach dem Vorschlag Heinz Kösterings, die beiden benachbarten Gebiete zu einem Großkreis verschmelzen zu lassen, eine Einigkeit geherrscht. Auch habe man in Wiedenbrück, der 100jährigen Stadt, kein Protest vernommen können, als die Rede davon war, Gütersloh zur neuen Kreisstadt zu kreieren. Heftige Kritik der SPD/FDP-Opposition im Haller Kreisrat handelten sich die Neurdner ein, denn die sozialliberale Koalition hält immer noch an der Bielefeld-Lösung fest, sich mit der Leinenstadt zusammenzuschließen.

Jedoch sei an einer Herauslösung Harsewinkels — das eine große wirtschaftliche Bedeutung aufweise — erst in einigen Jahren denkbar, wenn im Kreis Warendorf die Kreisreform abgeschlossen sei. Außerdem würde eine Sofortmaßnahme eine große wirtschaftliche Komplikation für die Reisterstadt bedeuten.

„Mit Harsewinkel verfüge der Großkreis nicht nur über 267 000 Einwohnern auf 892 Quadratkilometern, sondern auch über eine erhebliche Wirtschaftskraft mit einer intensiven Branchenstreuung — was auch eine leistungsfähige Landwirtschaft bedeute — beteuerte der Redner.

Für die Neurdnerungskommission gilt es zunächst, Bielefeld als Oberzentrum — zu dem sich die Leinenstadt in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren nach einem entsprechenden Entwicklungsplan entwickeln wird, wenn man ihren Vorstellungen folgt — klar von den Umlandgemeinden abzugrenzen. Diese Grenzziehung müsse Priorität haben, damit nur die dichtesten Verflechtungszonen eingefangen würden.

Die „fliegende Kommission“ des Innenministers erklärte, es gelte drei leistungsstarke Kreise um die Leinenstadt zu schaffen, die jeweils über eine Viertelmillion Einwohner verfügen sollten. Und zwar seien dies: Halle-Wiedenbrück, Lemgo-Detmold und Herford. Diese Großkreise seien alle auf Bielefeld ausgerichtet. Bei der Fusion der Kreise Halle und Wiedenbrück bestie es nicht, daß man Halle „umdrehen“ wolle, denn genau wie auch Halle seien Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück auf Bielefeld ausgerichtet.

OKD - Klaus Baltzer erhielt von Ministerialrat Köstering ein ganz „dickes“ Kompliment. Der Redner bezeichnete den Leiter der Verwaltung, daß er der Kommission eine objektive Analyse als Arbeitsgrundlage für den Halle-Raum geliefert hätte und außerdem untergenommen auch den Blick über die Nachbarräume gewagt habe.

Den Blick über den Zaun des Nachbarn unternahmen auch Landrat Schwidder sowie die Stadtdirektoren von Sennestadt, Klaus Meyer, und Gütersloh, Dr. Gerd Wixforth. Außerdem kam Regierungsrat

Graumann mit einer Abordnung ins Kreisgymnasium zur Sitzung, in der 28 Kreisratssagordnete die teils langatmigen Ausführungen der Regierungseren erleben durften.

Beharrlich begründete Ministerialrat Köstering die vermeintliche Fusion der beiden Nachbarkreise Halle und Wiedenbrück. Den Vorschlag, einen Kreis Ravensberg, der sich von Halle bis Oerlinghausen erstrecken könnte, in die Planung einzubeziehen, wurde als zu klein abgelehnt, da nicht die Einwohnerzahl, erreicht werde und diese „Gebilde“ mit einer Größe von 470 Quadratkilometern unter der Mindestgröße liege.

Halle in den Kreis Herford einzugliedern, bezeichnete der Sprecher als „gewalttame Lösung“. Eine Fusion mit dem Raum Warendorf verletze gewisse Prinzipien, da die neuzubildenden Kreise in ihrem bisherigen Regionalbereich liegen müßten. Die Reisterstadt sei nach Münster ausgerichtet. Halle aber sympathisiere mit Bielefeld. Deshalb bleibe letz-

lich nur die große Lösung Gütersloh-Halle übrig.

In der Diskussion, die auf Antrag von Hanns Refardt (FDP) mit dem Verlesen des Kreisratsbeschlusses vom 12.11.70 begann (mit 19 gegen 13 Stimmen hatten SPD und FDP damals ein Votum für den Zusammenschluß mit dem Kreis Bielefeld erzwungen), gab Fritz Blotenberg für die CDU-Fraktion zu verstehen, der Vorschlag aus Düsseldorf sei nicht überraschend gekommen. Die CDU sei realistisch genug einzusehen, daß eine andere Lösung keinen Sinn habe.

Blotenberg: „Wir haben den Mut gehabt, der Bevölkerung das klar zu sagen. Wir wollten keine Spiegelfechtelerei treiben und jemanden Sand in die Augen streuen. Wir führen uns im Kreis Halle wohl und wollen nicht mit fliegenden Fähen nach Gütersloh, wie man es uns vorwirft, aber wir dienen den Bürgern doch nicht, wenn wir gegen etwas opponieren, das wir nicht ändern können.“

Für die FDP betonte Wilhelm Huxohl seine „persönliche Sympathie für Gütersloh und Wiedenbrück“. Er warf aber Köstering vor, aus dem Fehlen der Vergangenheit (Dortmund) nicht gelernt zu haben und Bielefeld einen zu großen Zuschnitt auszubilligen. Es sei Köstering nicht gelungen, die Einleit Brackwedes und Bielefelds zu beweisen. Er forderte einen Planungsverband, behauptete, die Kommission habe sich gegen die berechtigten Wünsche der gesamten Bevölkerung südlich des Teutoburger Waldes hinweggesetzt und erhebe schließlich als Krönung den Raum Gütersloh zum „Niemandland“.

Sehr viel sachlicher und positiver die Argumente des Landtagsabgeordneten Hans Schwier, der an zweifelte, ob man zum heutigen Zeitpunkt der Stadt Bielefeld so viel Territorium geben solle. Schwier hob hervor, das Interesse des Umlandes sei ebenso hoch zu bewerten, was das der Stadt und ging auf die wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und kulturellen Verbindungen des Kreises Halle zu Bielefeld ein. Schwier beweieltete, ob die neuen Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen könnten, wie sie die Funktionalreform vorsah.

Liesel Fronemann (CDU) versuchte, Halle in die Diskussion zu bringen und bat die SPD, auch einmal ihr Denkmödel zu überprüfen. Ministerialrat Köstering antwortete nun auf die Argumente, kühl und merklich unbeeindruckt. Wir kommen auf die Sitzung zurück.



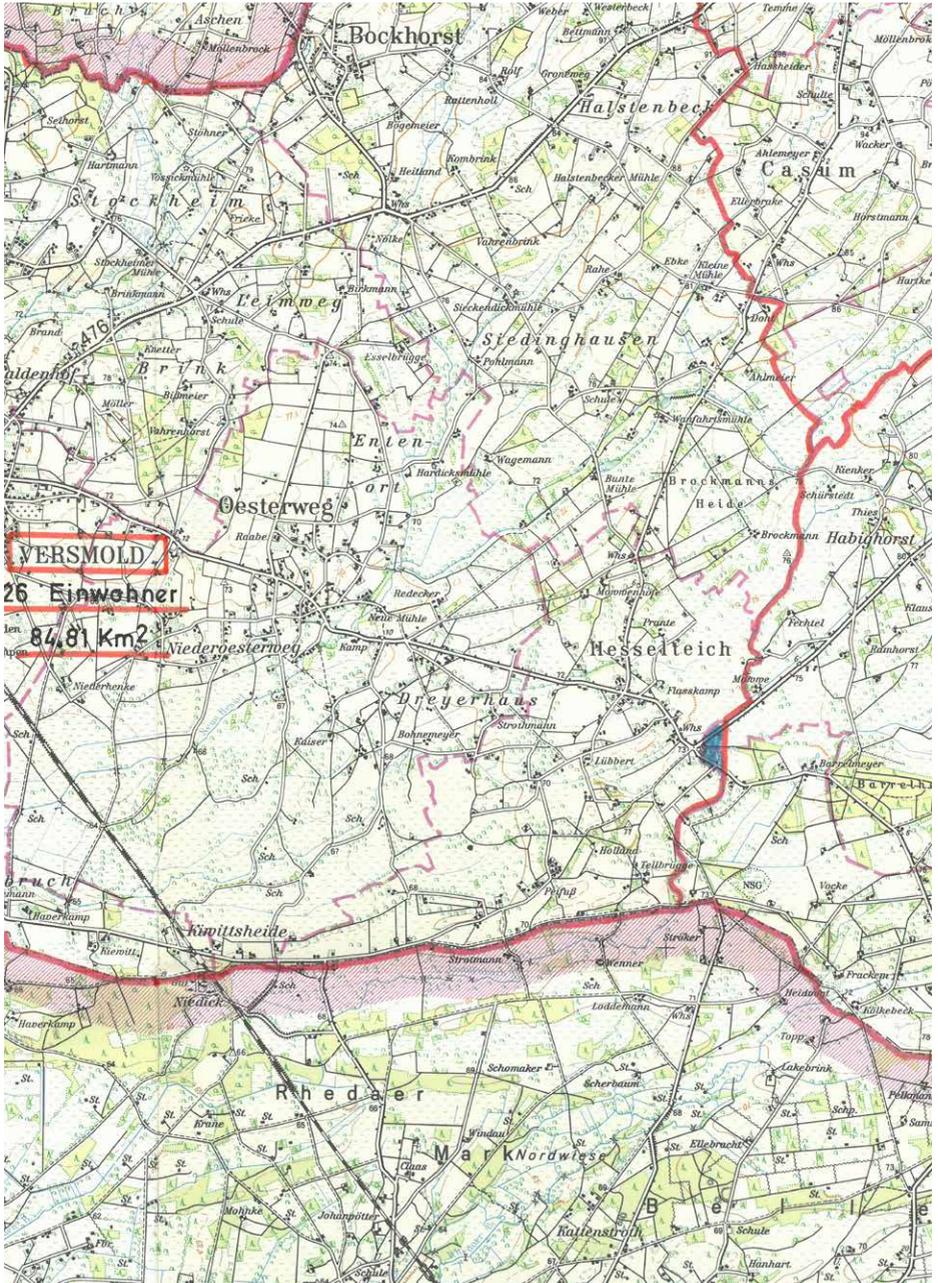
L. Fronemann (CDU)

Im Unterschied zur Uneinigkeit im Kreis Halle ist der Kreis Wiedenbrück einhellig für den Zusammenschluss mit Halle und für eine neue Kreisstadt Gütersloh – Letzteres ein Umstand, der von der Stadt Gütersloh nie gewürdigt wurde!

Die Entwicklungsperspektiven für Versmold im Rahmen der **Neuordnung der Gemeinden** („Köstering-Plan“) werden von Ober-Reg.rat Stähler für die Landesregierung dargelegt und sollen hier ausführlich zitiert werden:

„Ebenso günstig wie im Raum Werther liegen die Verhältnisse auch im Bereich des Amtes Versmold. Hier lässt sich ebenfalls im Bereich des heutigen Amtes Versmold eine neue Gemeinde bilden. Dabei ist Versmold nicht nur als Zentralort, also mit einer etwas höheren Stufe als Werther ausgewiesen, sondern ebenfalls auch als Entwicklungsschwerpunkt dritter Ordnung an der Entwicklungsachse dritter Ordnung Warendorf–Borgholzhausen. Ich möchte fast annehmen, dass diese eindeutigen Verhältnisse die Gemeinden des Amtes damals bewogen haben, mit Ausnahme von Bockhorst und Loxten, keine Stellungnahme zur gemeindlichen Neugliederung abzugeben und ihr weiteres Geschick offenbar guten Mutes in die Hände der Kommission zu legen. Die Ausweisung Versmold als Entwicklungsschwerpunkt dritter Ordnung muss also diesen landesplanerischen Zielsetzungen gerecht werden und Anknüpfungspunkt für die gemeindliche Neugliederung bilden, denn weder die heutige räumliche Abgrenzung der Stadt Versmold noch die vorhandene Einwohnerzahl entspricht dieser Aufgabenstellung. Versmold selbst hat heute nur etwa rund 7200 Einwohner, obwohl die Stadt als der Siedlungsschwerpunkt und auch als das Wirtschaftszentrum des Amtsbereiches über ein lückenloses Versorgungsangebot für den einfachen und einen Teil des gehobenen Bedarfes sorgt. Größere Orte sind daneben noch Loxten und auch Peckeloh, die jeweils über rund 3000 Einwohner verfügen. Die starke Zentralisierung der Einrichtungen in der Stadt Versmold selbst

hat dazu geführt, daß Versmold in starkem Maße beansprucht wird, wenn man an seine heutige Größe denkt, während die übrigen Gemeinden nur über geringe Ansätze einer kommunalen Grundausstattung oder sogar über praktisch gar keine Einrichtungen verfügen. Sie sind also in den Nahversorgungsbeziehungen eindeutig zum größten Teil auf die Stadt Versmold ausgerichtet. Für die größeren Gemeinden Loxten und Peckeloh gilt dies mit geringen Einschränkungen ebenfalls. Es kommt also darauf an, auch hier wiederum den Nahversorgungsbereich mit den künftigen kommunalen Grenzen zur Deckung zu bringen. Ein Zusammenschluss der Gemeinden des Amtes Versmold mit der Stadt bedeutet also die notwendige Verstärkung der Einwohnerbasis. Es kann erwartet werden, daß die Gemeinden, die wegen ihrer schwachen Leistungsfähigkeit oder auch infolge ihrer räumlichen Nähe zur Stadt Versmold bisher über keine Ausstattung verfügt haben, positiv mitwirken können an der Entwicklung des künftigen Zentralortes Versmold und damit also auch weitere Vorteile von der kommunalen Neugliederung erhalten können. Ausreichende zentralörtliche Ansätze in anderen Gemeinden sind nicht vorhanden; dies gilt ebenso für Loxten wie für Peckeloh. Daß die unzureichende Versorgung erkannt worden ist, zeigt auch, daß hier eine intensive interkommunale Zusammenarbeit auf Amtsebene stattgefunden hat, ich erinnere an diese Zusammenarbeit im Krankenhaus, in Sonderschulen, Müllabfuhr und Feuerwehrbereich, ebenfalls die zentrale Wasserversorgung, über die ja heute Planungen vorliegen, die ebenfalls einheitlich für den Amtsbereich gestaltet werden sollen. All diese Fragen können im Rahmen einer künftigen Großgemeinde Versmold besser und sinnvoller gelöst werden.



Das blau markierte Gebiet aus der Gemeinde Kölbebeck kennzeichnet die neue Grenzziehung Versmolds

Über die gute Erreichbarkeit dieses Zentralortes von den bisherigen Amtsgemeinden brauche ich keine Worte zu verlieren. Die Entfernungen betragen 3 bis etwa 6 Kilometer, das sind also verhältnismäßig geringe Werte. Das Gebiet des Amtes Vermold ist durch die Bundesstraße 476 und auch die L 786 ausgezeichnet erschlossen. Daß diese künftige Gemeinde eine gute wirtschaftliche Basis hat, ist nicht zu leugnen, wir haben hier die Fleischverarbeitungsindustrie im Bereich des Amtes und auch das nicht unbeachtliche Ferntransportgewerbe in Vermold. Auch die Pendlerzahlen, das darf ich noch einfügen, zeigen also die starke Verflechtung der umliegenden Amtsgemeinden mit der Stadt Vermold. Durch diesen Zusammenschluss, den wir vorschlagen wollen, wird nicht nur die Tragfähigkeit für eine Gemeinde des Typs A gesichert, sondern auch werden Voraussetzungen geschaffen für die Ausübung bestimmter mittelzentraler Funktionen. Dies ist deshalb wünschenswert, weil Vermold ja doch verhältnismäßig isoliert liegt, insbesondere auch im Hinblick auf die nahe Landesgrenze. Deshalb müssen hier bestimmte mittelzentrale Einrichtungen, soweit das die Leistungskraft der Gemeinde zulässt, vorgehalten werden. Diese Möglichkeit besteht natürlich nach einem Zusammenschluss eher. Der erweiterte künftige Planungsraum der Gemeinde macht es dann ferner möglich, die zersiedelten Bereiche im Umland von Vermold, ich erinnere an die Siedlung Sandort zum Beispiel von Peckeloh, die unmittelbar an der Grenze von Vermold entstanden ist, und an die Siedlung in Loxten, die zwar, wie ich zugeben muss, in letzter Zeit etwas mehr zentralisiert worden ist, aber die doch immerhin noch eine sehr starke Zersplitterung aufweist, irgendwie besser im Rahmen einer baulichen Gesamtkonzeption in den Griff zu bekommen. **Nach Abschluss der Neugliederung liegen nach unserer Vorstellung damit gute Voraussetzungen für ein kräftiges eigenständiges Wachstum vor und ein Gemeindezuschnitt, der gerade durch die Geschlossenheit dieses Bereiches eine günstige Entwicklungsplanung ermöglicht. In diese neue Gemeinde Vermold soll eingegliedert werden auch im Rahmen einer geringen Grenzkorrektur ein**

ganz kleiner Bereich der Gemeinde Kölkebeck, von der etwa 13 Einwohner betroffen werden. Im Ergebnis ist also festzuhalten, dass die Stadt Versmold danach über eine Fläche von rund 85 Quadratkilometern verfügt und 18.126 Einwohner aufweisen wird.“

15.07.71: Ein erster Entwurf der **Gebietsänderungsverträge** wird zur Stellungnahme vorgelegt, die Anhörungsfrist läuft bis zum 30.09.71

Auszüge:

- „§ 1 1) Das Amt Versmold wird aufgelöst. Rechtsnachfolgerin ist die neue Stadt Versmold.
- 2) Der Zweckverband Schulverband Oesterweg-Hesselteich wird aufgelöst. Rechtsnachfolgerin ist die neue Stadt Versmold.
- § 2 1) Das in dem in die neue Stadt Versmold einzugliedernden Gebietsteil der Gemeinde Kölkebeck belegene unbewegliche Vermögen des Amtes Halle (Westf.) geht nebst Zubehör mit allem auf ihm ruhenden Rechten und Pflichten privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Art unentgeltlich auf die neue Stadt Versmold über.
- 2) Weitere Auseinandersetzungsansprüche hinsichtlich des Vermögens des Amtes Halle (Westf.) stehen der neuen Stadt Versmold nicht zu.“

Gemeinderatsbeschlüsse:

Oesterweg 17.08.71: „... Gemeindevertretung ist aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bereit, einem Vorschlage zuzustimmen, der die Auflösung der Gemeinde Oesterweg zum Inhalt hat. Die Gemeinde Oesterweg hat ihre kommunale Grundausstattung inzwischen durch die Fertigstellung einer Kläranlage und die Inangriffnahme eines ersten Bauabschnittes der Kanalisation sowie durch die Inbetriebnahme eines Kindergartens und eines Gemeindehauses ergänzt.

Da der Landesgesetzgeber der Überzeugung ist, dass die im Landesentwicklungsprogramm festgelegten Zielsetzungen nur durch eine gemeindliche Neugliederung zu erreichen sind und fest entschlossen ist, diese Ziele auch gegen den Willen der betroffenen Gebietskörperschaften durch einen Gesetzgebungsakt zu verwirklichen, wird anerkannt, das im Rahmen dieser vom Lande für richtig angesehenen Grundsätze der Neuordnungsvorschlag des Innenministers vom 15. Juli 1971 für die Gemeinde Oesterweg und den Raum des Amtes Vermold die zweckmäßigste Lösung darstellt.“ – dennoch, einstimmig dafür.

Bockhorst 26.08.71, (HK 28.08). „Die etwa 150-jährige Selbstständigkeit der Gemeinde Bockhorst mit ihrer kommunalen Selbstverwaltung hat sich bewährt, der Bürgerschaft sowie den kommunalen Entwicklungen größte Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt und solche auch unterstützt. Eine Modifizierung der Ämterverfassung hätte den Vorstellungen der Gemeindevertretung mehr entsprochen als der genannte Neugliederungsvorschlag.



Amtsdirktor Helmut Bischoff (links), Vermolds Bürgermeister Hermann Oberschelp (3. v. li.) und der Bockhorster Bürgermeister Franz-Heinrich Meyer-Hermann (4. v. lin.)

In der Erkenntnis, dass die im Landesentwicklungsplan festgelegten Grundsätze auch gegen den Willen der betroffenen Gemeinden durch ein Gesetz verwirklicht werden und in Anbetracht der Tatsache, dass es für die Gemeinde Bockhorst außer der Erhaltung der Selbstständigkeit keine weitere Alternative gibt, sieht die Gemeindevertretung die vom Innenminister vorgeschlagene Neugliederung als unabänderlich an und fügt sich dieser Regelung.“ – dennoch, einstimmig dafür.

Peckeloh 03.09.71 „Die Gemeindevertretung Peckeloh sieht die individuellen Belange der aufstrebenden und mit einer sehr hohen Bevölkerungszunahme ausgezeichneten Gemeinde Peckeloh gefährdet und befürchtet, dass in der neuen Großgemeinde die ehrenamtliche Mitarbeit der Bürger nicht in dem jetzigen Ausmaße erhalten bleiben wird.“ – dennoch, einstimmig dafür.

Loxten 06.09.71: „Die Gemeinde Loxten ist seit Jahrhunderten eine selbstständige Gemeinde. Sie hat ein Gemeindezentrum und besitzt die Normalausstattung für Zentren der unteren Stufe: Zweizügige Hauptschule, Grundschule, Kindergarten, Jugendheim, Sportplatz und Freibad.

Mit der Neugliederung hört die individuelle Entwicklung der Gemeinde auf. Sie wird zu einem Randgebiet. Die ortsnahe Selbstverwaltung ist nicht mehr gegeben. Es wird befürchtet, dass sich hier für die Landgemeinden eine Fehlentwicklung anbahnt. Nutznießer sind allein die Städte. Aus der lebendigen Gemeinde wird ein verwalteter Ortsteil. Auch Nachrichten aus ehemaligen Landgemeinden, die bereits neu geordnet wurden, sind nicht ermutigend. Aus diesen Gründen kann die Gemeindevertretung Loxten die Zustimmung zu dieser Neugliederung nicht geben.“ – **einstimmig dagegen!** (WB, HK, 08.09).

Hesselteich 02.09.71 „die Gemeindevertretung Hesselteich befürchtet, dass in der neuen Großgemeinde die Belange und Interessen des dann am Rande liegenden zukünftigen Ortsteiles Hesselteich nicht mehr in dem Maße gewahrt werden, wie das bei der jetzt bestehenden echten Selbstverwaltung der Fall ist.“ ... – dennoch, einstimmig dafür
Vermold, Stadt 01.09.71 ohne Diskussion – einstimmig dafür
Vermold, Amt 30.09.71 – 16 ja, 6 nein, 2 Enth.



Amtsdirektor Helmut Bischoff (links) und Landrat Fritz Ostmeyer (3. v. li.)

„Jein zur Amtsauflösung“ „In den Diskussionsbeiträgen kam aber quer durch die Fraktionen zum Ausdruck, dass einem letztlich doch nichts anderes übrig bleiben werde, als sich dem Willen des Gesetzgebers zu fügen. Mit Ausnahme der Vertreter aus der Gemeinde Loxten (die sich bekanntlich gegen den Neuordnungsvorschlag ausgesprochen hat). Amtsvertreter Sander war am rigorosesten: ‚für die Landgemeinden unzumutbar.‘

Amtsbürgermeister Zachau wies dagegen auf etwas Tröstliches hin: die neue Stadt Versmold werde zur stärksten Kommune (wirtschaftlich sowie flächen- und einwohnermäßig) im gesamten Kreis Halle. Und, so Zachau: wir werden auch stärkere Verwaltungskompetenzen erhalten.“



Herbert Zachau

Erneute Abstimmung im Kreistag Halle am 23.09.71 – 18 ja, 13. Enth.

„Der Raum Versmold gehört regional eindeutig zu Bielefeld. Er ist auch mittelzentral – soweit nicht Selbstversorger – ausschließlich nach Halle (Westf.) und nicht nach Warendorf ausgerichtet. Es gibt deshalb keinen Grund, der dafür sprechen könnte, diesen Raum dem Kreis Beckum-Warendorf zuzuordnen.“

Innenminister Weyer drängt auf rasche **Eingliederung von Harsewinkel**. Ausgleichszahlungen in Höhe von 1,2 bis 1,3 Mio. DM pro Jahr müsse man dafür in Kauf nehmen. (HK, 20.07.71)

„**CDU gewann Kampfabsimmung“** Knappe Entscheidung für den Kreis Gütersloh: In der Kreistagssitzung vom 19.08.71 stimmen 16 CDU und 2 FDP dafür, 14 SPD und ein FDP dagegen, eine FDP-Enthaltung, also 18 zu

15. Die FDP ist gespalten. (WB, HK, 20.08.71) Zuvor wurde der Vorschlag vom Bielefelder OKD Kahler verworfen, den Kreis Halle mit dem südlichen Teil des Kreises Bielefeld plus Oerlinghausen und Leopoldshöhe zusammenzufassen. **Der Kreistagsbeschluss vom 20.11.70 wird aufgehoben.**

Diskussionsbeiträge Liesel Fronemann (CDU): „Was spricht gegen Wiedenbrück? Reine Emotionen. Für Wiedenbrück spricht vieles. Vor allem die wirtschaftliche Stärke und Vielseitigkeit. Wir sollten umgehend den Vertrag schließen. Vor der Hochzeit sind Ehepartner erfahrungsgemäß wesentlich kompromissbereiter.“



Liesel Fronemann und
Fritz Ostmeier

Herbert Zachau (SPD): „Wir haben alles getan, was notwendig war. Das Gutachten B sah zunächst den Zusammenschluss Wiedenbrücks mit dem Raum Beckum vor. Damit wäre automatisch eine Fusion Bielefeld/Halle herausgekommen. Wenn wir nun umgepolt werden nach Gütersloh, dann ist das zum Schaden für unsere Bevölkerung. **Wir sind bis zum letzten Augenblick dagegen.**“ (HK, 21.08.71)

Die Kreisausschüsse sind sich einig: Der Kreis soll Gütersloh heißen, dort soll auch der Kreissitz sein. Als Stellungnahme zur Gemeindereform werden sechs Leitsätze erarbeitet. Am 23.09.71 stimmt der Kreistag mit den Stimmen der CDU dafür, die SPD und FDP-Kreisrat Wilhelm Huxohl stimmen dagegen, 17 zu 14! (WB, 24.09.71)



Herbert Zachau überreicht Landrat Fritz Ostmeyer ein gerahmtes Wappen des Kreises Halle (Westf.)

„**Super-Maxi-Vorschlag**‘ aus Harsewinkel: Wiedenbrück, Warendorf, Halle und Beckum zu einem einzigen Großkreis zusammenfassen“ (Schlagzeile HK, 12.11.71) vom dortigen Amtsdirektor Bernhard Kemner.

Dr. **Helmut Reinhardt** [Helmut Reinhardt \(Politiker\) – Wikipedia](#), Kreisvorsitzender der CDU, wirbt für den Kreis Gütersloh: „Der kommende Kreis Gütersloh ist eine zukunftsbezogene, sachlich fundierte und vernünftige Lösung; sie wird für die Bevölkerung dieses Raumes die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung bieten, darum sollte jeder mithelfen, für einen guten Start zu sorgen!“ (HK, 6.11.71)

Die SPD über weiterhin Kritik am Gebietsänderungsvertrag: Die Ausgleichszahlung an den Kreis Warendorf für das Ausscheiden des Amtes Harsewinkel sind zu hoch. 1,45 Mio. DM p.a. bis zum Abschluss der Neugliederung des Kreises Warendorf (§ 10). (HK, 17.03.72)

24.10.72 Mit dem Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Bielefeld (Bielefeld-Gesetz) ist der Kreis Gütersloh auch juristisch fix. Das Gesetz tritt am 01.01.73 in Kraft.



Der Amtshaus-Neubau kurz nach seiner Fertigstellung im Jahr 1970

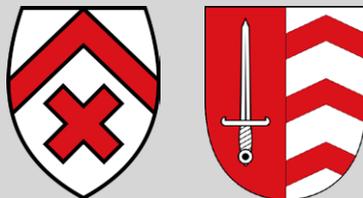


Alt und neu: Das alte Amtshaus (links an der Münsterstraße) und das neue Amtshaus von 1970, das 1973 zum Rathaus wurde.

Versmolds Wappen

Die 1973 aus den amtsangehörigen Gemeinden Bockhorst, Hesselteich, Loxten, Oesterweg, Peckeloh und Versmold neu gebildete Stadt Versmold übernahm das alte Stadtwappen, das am 19. Juni 1939 vom Oberpräsidenten in Münster verliehen worden war. Es wurde am 17. Dezember 1973 erneut genehmigt, diesmal vom Detmolder Regierungspräsidenten.

Das Andreaskreuz im **Stadtwappen** geht auf ein altes Malkreuz zurück, das für den Ort traditionell als Wahrzeichen gilt. Dessen Deutung als Opfer-, Sühne- oder Richtkreuz ist offen. Sehr wahrscheinlich markierte es eine alte Gerichtsstätte, denn 1226 wird für Versmold ein Freistuhl, also ein Freigericht, und 1363 ein ravensbergisches Gogericht erwähnt. Letzteres existierte bis 1719, dem Jahr der Stadtrechtsverleihung durch den preußischen König Friedrich Wilhelm I. Auch der Ortsname deutet darauf hin: Versmold oder -melle bedeutet jüngsten Erkenntnissen zufolge: Versammlungsstätte am Wasser. Übrigens ist das Stadtwappen das einzige in Westfalen, das ein Malkreuz aufweist. Ein weiterer Bezug auf eine Gerichtsstätte findet sich im **Amtswappen** von 1938 mit einem silbernen Schwert als Symbol für die Rechtsprechung. Die dortigen drei roten Sparren sind im Stadtwappen auf einen reduziert und stehen wie in allen anderen Wappen der Kommunen des früheren Kreises Halle (Westf.) für die Zugehörigkeit zur ehemaligen Grafschaft Ravensberg.



Wappen Stadt und Amt



Ein Gespräch im historischen Sitzungssaal des Haller Rathauses, das zuvor Kreishaus war
(Foto Michael Adamski)

Im Gespräch mit Liesel Fronemann-Keminer – vor 50 Jahren einzige Frau im Kreistag von Halle²

Das hier abgedruckte Interview mit Liesel Fronemann-Keminer wurde 2019 geführt. Der damalige Anlass: 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, ein viel gefeiertes Ereignis. Es stellte sich jedoch die Frage nach dem historischen Fortschritt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass aktuell nur 34,7 % der Mitglieder des Deutschen Bundestages weiblich sind. Schaut man auf die kommunale Ebene, so ist das Ergebnis oft noch weit ernüchternder.

² Erstveröffentlichung in: faktor³ – Wirtschaft, Kultur, Leben im Kreis Gütersloh, Heft 15, 2019, S. 78–80.

Nehmen wir das Beispiel Vermold. Hier wurde mit Laura Boschulte (SPD) erst 1945 die erste Frau überhaupt politisch aktiv. Auf Kreisebene dauerte es noch länger. Insofern ist es ein großes Glück, dass mit Liesel Fronemann-Keminer die einzige Abgeordnete des damaligen Kreises Halle als Zeitzeugin auf eine Premiere vor über 50 Jahren zurückblicken kann. Die langjährige stellvertretende Vorsitzende der Kreis-CDU in Halle und Gütersloh, ein „Urgestein“ der Partei, gehörte 1969 als einzige Frau dem Kreistag in Halle an, bis 1999 jenem des Kreises Gütersloh. Aber es geht in diesem Gespräch auch um die Gegenwart, an der es im Hinblick auf die politische Kultur im Lichte der jahrzehntelangen Erfahrungen von Frau Fronemann-Keminer einiges zu beklagen gibt.

Frau Fronemann-Keminer, sich als Frau für die Politik zu entscheiden, ohne dafür ein Vorbild zu haben, war gewiss nicht leicht. Wie kam es dazu?

Ich war damals Vorsitzende des Kreislandfrauenverbandes. In dieser Eigenschaft wurde der damalige Landrat des Kreises Halle, Fritz Ostmeyer, und der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Helmut Reinhardt auf mich aufmerksam. Beide versuchten mich für eine Kandidatur in den Kreistag zu bewegen – mit Erfolg.

In den 60er Jahren kam im Rollenverständnis der Frau ein politisches Amt noch selten vor. Wie konnten Sie die Politik mit den familiären Rahmenbedingungen und auch ihrer Funktion als Frau auf einem Bauernhof in Einklang bringen?

Möglich wurde das nur durch ein sehr gutes Miteinander der vier Generationen in unserem Haushalt, besonders mit meinem Mann und meiner Schwiegermutter. Da jeder eine ziemlich fest zugewiesene Rolle spielte, war es wichtig, das Einverständnis aller zu bekommen, für das, wozu ich eingeladen war. Zumal ich selber unsicher war, denn es entsprach so gar nicht

meiner Lebensplanung, ich war ja selber gar nicht initiativ geworden. Aber mein Mann ermunterte mich ganz ausdrücklich, weil er fest davon überzeugt war, dass ich im öffentlichen Bereich außerhalb unseres Hofes etwas Gutes bewirken könne.

Sie berichteten mir, dass die Herren im Kreistag Sie gern als „gnädige Frau“ angeredet hätten. Wie haben die das gemeint?

Es war wohl eine unbewusste bequeme Gewohnheit. Freundlich und höflich kam es mir zunächst vor, aber irgendwie auch nichtssagend. Vielleicht haben sie sich tatsächlich nicht viel dabei gedacht, aber je länger das ging, desto öfter habe ich gefragt, ob es denn so schwer sei, sich meinen Namen zu merken. Schließlich war es ja nur einer, den es sich zu merken galt. Es sollte keine Drohung sein, aber sie müssten auch mal damit rechnen, dass ich in der politischen Auseinandersetzung alles andere als gnädig sein könnte.

Wie können Sie das Verhältnis zu der politischen Männerwelt beschreiben? Wurden Sie respektiert und anerkannt oder hatten Sie auch schon mal das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden?

Das Anerkennen von politischem Denken und der politischen Mitarbeit von Frauen musste männlicherseits zunächst gelernt werden. Die Männer waren es ja überhaupt nicht gewöhnt, mit einer Frau über Politik zu sprechen. So etwas kannten sie nicht.

Zwischen 1971 und 1973 wurde die Frage des künftigen Kreiszuschnitts im Kreistag von Halle sehr kontrovers diskutiert. Die SPD wollte mit Bielefeld fusionieren, die CDU mit dem Kreis Wiedenbrück. Am 21. August 1971 titelte die GLOCKE: „Herz einer Frau schlug am wärmsten für Wiedenbrück“. Damit

waren natürlich Sie gemeint. Das hört sich so an, als sei Ihr politische Argument zum Gefühl geworden. War das wirklich so?

Das Gegenteil war der Fall. Ich habe mich ja vehement dafür eingesetzt, die emotionale Betrachtung außen vor zu lassen. Da ging es doch um die konfessionellen Differenzen, denn der Katholizismus im Kreis Wiedenbrück war uns Protestanten aus dem schon so lange preußischen Kreis Halle ziemlich fremd. Bei mir und bei allen Mitgliedern der CDU-Fraktion zählten allein die Sachargumente. Erstens waren die damaligen Kreis Halle und Wiedenbrück ländlich geprägte Räume mit einer guten bis sehr guten Wirtschafts- und Finanzkraft. Zweitens wären wir für das Oberzentrum Bielefeld ein Randgebiet und damit nur ein Anhängsel gewesen und drittens war die politische Grundausrichtung im Kreis Wiedenbrück der unsrigen im Norden wesentlich näher.

Es will mir scheinen, als habe ihr Einfluss bei der knappen Entscheidung zugunsten des Zusammenschlusses der Kreise Halle und Wiedenbrück eine gewichtige Rolle gespielt. Dennoch richtete die Presse den Blick auf Äußerlichkeiten, die mit der politischen Debatte nichts zu tun hatten. So habe zu Beginn der Sitzung Landrat Fritz Ostmeyer Sie um Ihr Einverständnis gebe-



Im Kreishaus hatten alle kreisangehörigen Gemeinden ihren eigenen Stuhl, so auch Vermold
(Fotos: Michael Adamski)

ten, dass die Herren ihre Jacken ablegen durften, was wohl nicht nur an der Sommerhitze sondern auch an der zu erwartenden Hitzigkeit der Auseinandersetzung lag. Haben Sie sich im Kreistag in einer Sonderrolle gesehen?

Nein, das habe ich nie. Aber als einzige Frau in der Runde wurde man wohl so wahrgenommen. Da stand ich gelegentlich im Mittelpunkt, vor allem, wenn es um die Gesprächsatmosphäre ging. Ostmeyer war ein sehr humorvoller Mensch, der wieder für gute Stimmung sorgen konnte, wenn die Debatte doch arg hitzig geworden war. Ich war dann für ihn so eine Art kommunikativer Bezugspunkt, weil er sich bei mir darauf verlassen konnte, dass ich die Härte der politischen Auseinandersetzung nie gegen die Personen richtete, mit denen die Kontroverse ausgetragen wurde.

Aus der zeitlichen Distanz können Sie Ihre Erfahrungen mit der heutigen Politik vergleichen, die Sie noch immer sehr aufmerksam beobachten. Hat sich im Verständnis von Ehrenamtlichkeit zwischen damals und heute etwas verändert?

Ja, sehr viel. Heute ist es selbstverständlich, dass entstehende Kosten erstattet werden. Früher war klar, dass Kosten, die bei der Wahrnehmung des Ehrenamtes entstehen, auch selbst getragen wurden. Mir fehlt oft die Uneigennützigkeit, die klare Ausrichtung am Gemeinwohl. Viel zu oft lassen sich Politiker heute von partikularen Interessen leiten, dabei haben sie das große Ganze nicht mehr im Blick. Das hat auch Auswirkungen auf die Zukunftsperspektiven politischer Entscheidungen. Viele Planungen sind nicht langfristig genug angelegt, mache Ergebnisse politischer Beschlüsse haben nach kurzer Zeit schon keinem Bestand mehr.

Sie berichteten mir, dass es selbstverständlich war, nach jeder Kreistagsitzung ins Gasthaus Hollmann zu gehen, um dort auch mit den politischen

Gegnern noch gesellig beieinander zu sein. Heute ist das oft nicht mehr der Fall. Welche Unterschiede in der politischen Diskussionskultur und dem atmosphärischen Klima können Sie feststellen?

Die Öffentlichkeit der Sitzungen ist nicht immer förderlich, weil in Anwesenheit der Presse zu viele Fensterreden gehalten werden. In nichtöffentlichen Sitzungen geht es dagegen sachbezogener und aufrichtiger zu. Auch ist das Klima rauer geworden, die Wortwahl persönlich verletzender, teilweise erschreckend primitiv. Manche meinen, mit sogenannten Kraftausdrücken bei den Wählern punkten zu können. Demokratie aber lebt von Achtung, Würde und Respekt. Das menschliche Miteinander darf nicht vor Parteigrenzen Halt machen. Wenn man dann – was verständlich ist – keine Lust mehr hat zu diskutieren, sollte man dennoch nicht auseinandergehen. Uns hat damals das Kartenspiel immer wieder zusammengebracht. Ich kann das nur empfehlen.

Ihre Erfahrungen gestatten es, weitere Ratschläge an die politischen Akteure von heute zu richten. Wenn Sie deren drei erteilen könnten, welche wären das?

Da habe ich ganz einfache Rezepte: Erstens mehr Freude und Heiterkeit im politischen Zusammensein erzeugen, zweitens sein Gegenüber nicht als Gegner sehen, sondern ihn mit seinen Argumenten ernst nehmen und diese durchdenken und drittens einen höflichen Ton pflegen im Umgang mit den Kollegen anderer Parteien, vor allem – das ist mir ganz wichtig – sich jeglicher Fäkalien Sprache enthalten, denn sie ist der Anfang vom Ende sachgerechter Diskussion und politischer Arbeit. Leider haben wir in dieser Hinsicht heutzutage prominente Negativ-Vorbilder. Sich ihnen gegenüber moralisch zu entrüsten, halte ich durchaus für angebracht.

